

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die Gespaltene Beilagen oder deren Raum für Geisenheim
35 &, auswärtiger Preis 40 &. Reklamezeile 100 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 141.

Donnerstag den 2. Dezember 1920.

20. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 29. November.

Minister Dr. Scholz über das Spaer Abkommen.

Der Reichstag setzte heute die Haushaltsberatung bei dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums fort. Die Beratung wird eingeleitet durch eine Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz, der die errungenen Preis- und Lohnerhöhungen auf die Tatsache zurückführt, daß die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag immer noch nicht feststehen. Die deutsche Industrie kann daher immer noch nicht kalkulieren. Die zweite Tatsache ist das dauernde Schwanken unseres Geldwertes.

Das Kohlenabkommen von Spa

ist in sozialer Weise erfüllt worden durch die Zusammenarbeit von Behörden, Unternehmern und Arbeitern. Dafür gebührt ihnen Dank. Die Arbeiter besonders haben wertvolle Arbeit geleistet im Interesse des Vaterlandes. Die Förderung an Kohlen ist gestiegen. Im Ruhrgebiet sind 400 000 Wohnungen neu in Angriff genommen. Die Zahl der Übersiedlungen in der Woche ist seit Spa von 269 000 auf 389 000 gestiegen. Eine besondere Schwierigkeit in der Kohlenbelieferung der Entente und unserer Industrie liegt in der erneut verhältnismäßig ungünstig gewordenen Verkehrslage. Eine Aufrechterhaltung der Kohlenlieferungen aus dem Abkommen von Spa in bisheriger Höhe und auf längere Zeit muß zu unhaltbaren Zuständen führen, und die deutsche Leistungsfähigkeit für eine Wiederherstellung entscheidend negativ beeinflussen. Demgegenüber steigen in Frankreich die Kohlenvorräte immer mehr. (Hört! hört!)

Auf dem Gebiet der Ernährungspolitik muß das Ziel in erster Linie die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Schaffung der nötigen Düngemittel, Bereitstellung ausreichender Arbeitskräfte usw. sein. Das Handwerk muß durch öffentliche Aufträge unterstützt, die Wissenschaft muß wieder aufgebaut werden. Es ist alles gegeben, um Preissteigerungen zu verhindern. Die Bauwirtschaft kann auch in Zukunft nicht zurückgegeben werden. Die Gütertarife werden beträchtlich erhöht werden müssen. (Hört! hört!) Als Notstandsarbeiten sind die Kanalisierung des Neckars, der Donau bei Passau und der Mittelkanal in Aussicht genommen. Das Problem einer wirtschaftlichen Dienstpflicht muß erwogen werden. Der Neubau des Reichswirtschaftsrats ist im Gange.

In der Aussprache bezeichnet der Abg. Koch (Soz.) die bisherigen Maßnahmen des Ministers als völlig verfehlt, denn sie hätten keinen Erfolg gehabt. Die Forderung sei immer größer geworden. Redner wiederholt die Forderung auf Vollsozialisierung, insbesondere von Kohle und Eisen.

Abg. Adamer (Ztr.) fordert Beschleunigung des Baues von Wohnungen für Vergleite. Die Preispolitik des Ministers finde die Billigung seiner Partei.

Abg. Reichert (Dnt.) erklärt sich mit einer Neuordnung der Wirtschaft einverstanden, wenn damit eine Steigerung der Produktion verbunden ist.

Reichswirtschaftsminister Scholz weist abschließend darauf hin, daß die Lösung des Sozialisierungsproblems dem Reichswirtschaftsrat überlassen bleiben soll, der in den nächsten Tagen seine Beratungen wieder aufnehmen wird.

Hierauf bricht das Haus die weitere Beratung ab und vertagt sich auf Dienstag.

— Berlin, 30. November.

Abstimmung über die Streikverordnung.

Nach Beantwortung der üblichen kleinen Anfragen ergibt die zurückgestellte Abstimmung über die Verordnung des Reichspräsidenten über die wilden Streiks nach mancherlei Schwierigkeiten die Annahme eines Antrags Mahahn (U. S. L.), der die Aufhebung der Verordnung verlangt, dem aber ein Zusatzantrag der Regierungsparteien hinzugefügt wird, wonach die Verordnung bestehen bleibt, bis ein schleunigst zu erlassendes Gesetz über das Schlichtungsverfahren in Kraft getreten ist.

Etat des Reichswirtschaftsministeriums

Hierauf wird die Etatsberatung fortgesetzt. Abg. Dr. Hugo (D. Bp.) wendet sich gegen eine zu weitgehende Bevormundung der Wirtschaft, da die Produktion dadurch unweigerlich gehemmt werde. Das beweise die Kriegswirtschaft. Der Verwaltungsapparat mit seiner Gehältern könne keinen Kopf nicht genügenden Anreiz bieten. In der aus den Selbstverwaltungskörpern und Fachverbänden hervorgegangenen Verfassung erblickt der Redner eine gewisse Gefahr, eine Überspannung des Staatsgehirns. Die freie Konkurrenz muß bleiben, sonst kommen wir nur unter großen Schwierigkeiten zu einem Preisabbau.

Im übrigen billigt der Redner die Ausführungen des Ministers.

Das Gegenteil ist bei dem nächsten Redner Abg. Jädel (U. S. r.) der Fall, der hinter allen Maßnahmen des Ministers Schatzjäger des Großindustriellen Sinnes vermutet.

Abg. Reinath (Dem.) warnt vor überstürzten Sozialisierungsversuchen, denn sie würden keine Hebung der Arbeitsfreudigkeit bringen. Für weitere Kommuna-

listierung sei seine Partei mit Rücksicht auf den Mittelstand nicht zu haben.

Reichsminister Scholz erklärt sich bereit, zur Stützung von Handwerk, Mittelstand und Gewerbe bei seinem Ministerium einen Handwerkerbeirat einzuführen. Nach einigen Ausführungen des Abg. Jand (Wahrheitspartei) gegen jede Art von Sozialisierung wird die Beratung auf Mittwoch vertagt.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 29. November.

Haushalt der Gutsverwaltung.

Das Haus hat sich bald durch den Etat hindurch gearbeitet. Am Montag beschäftigte man sich mit dem Haushalt der Gutsverwaltung. In der Aussprache betonte Graf Kanitz (Dnt.), daß die von der Entente verlangten 125 000 Pferde nur unter den größten Schwierigkeiten aufgebracht werden. Die Landesbesitzung, die bisher in starkem Maße für das Heer tätig ein mußte, hat sich nun umzustellen auf Pferde für nichtmilitärischen Gebrauch. Abg. Held (D. Bp.) pendet der hannoverschen Pferdebesitzung höchste Anerkennung und empfiehlt einen größeren Zuschuß für die Privatpferdehalter. Oberlandesforstmeister Großkorth vertritt den Antrag nach Möglichkeit zu folgen.

Darauf wird der Etat der Gutsverwaltung angenommen.

Ebenso wird der Etat des Ministeriums für Volkswohlfahrt bewilligt unter Annahme eines Antrags Frau Dr. Pauer (Ztr.) auf zur Verfügungstellung von 200 000 M. für die soziale Ausbildung von Personen aus minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Bei Abstimmung über den Antrag Ludwig (U. S.) über die Sozialisierung des Heilgewerbes ist Jammelpfand erforderlich; es ergibt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. Porst setzt die nächste Sitzung auf 3 1/2 Uhr an.

In der zweiten Sitzung steht der Haushalt der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

Abg. v. Aries (Dnt.) findet es höchst unerfreulich, daß Preußen im gegenwärtigen Moment, d. h. 4 Monate vor dem Übergang seiner Wasserstraßen an das Reich über die Bedingungen noch völlig im Unklaren ist.

Abg. Garnich (D. Bp.) geißelt das geringe Verständnis, das der Landwirtschaftsminister den geschädigten Landwirten des Oberbruchs beweist. Die Gefahr der Umwandlung des Oberbruchs in Sumpf und ist nicht zu bannen, wenn nicht umgehend Maßnahmen getroffen werden, die diesen Prozeß verhindern. Abg. Köster (Soz.) fordert mit Rücksicht auf die Weltlosigkeit eine Erweiterung der Kanal- und Wohnungsbauten. Auch der Neukommunist Paul Hoffmann tritt für rasche Förderung der Wasserbauten ein.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, um die Verfassung in 3. Lesung zu verabschieden.

— Berlin, 30. November.

Schlußberatung der Verfassung.

Heute soll das Verfassungsgesetz in dritter Lesung angenommen werden. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Alles erwartet einen „großen Tag“. Die Beratung wird beim § 63 fortgesetzt, zu dem ein mehrheitssozialistischer Antrag auf Abänderung des Vertrags der Hohenzollern an die Republik Preußen ohne Entschädigung vorliegt. Ueber die Gewährung einer angemessenen Unterhaltungsrente an die Mitglieder des Hauses Hohenzollern soll durch ein besonderes preussisches Gesetz bestimmt werden.

Abg. Heilmann (Soz.) betonte bei der Begründung des Antrages, seine Partei denke nicht daran, die Entschädigungsfrage kleinlich oder gehässig zu behandeln, sie denke auch nicht daran, die Hohenzollern ohne angemessene Unterhaltungsrente zu lassen. Nach strengem Recht würde Wilhelm II. keinen Pfennig bekommen. (Beif. links, Widerspruch rechts.) Wer entschädigt denn die Kriegsgeschädigten und die Auslandsdeutschen? Wilhelm II. habe auf die Krone verzichtet, aber schon zeichnet er wieder Wilhelm Reg. Bewußt spielen die Hohenzollern eine Präbendentenrolle. Dafür wollen wir nicht Geld des Staates noch hingeben. Hungern sollen die Hohenzollern nicht, aber es soll auch die Republik in Sicherheit stehen. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Kirche und Staat.

Zu § 63 liegt ein Zentrumsantrag vor. Danach sollen die bisher vom König gegenüber den Religionsgesellschaften ausgeübten Rechte im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung geregelt werden. Die Befugnisse, die nach den früheren Gesetzen, Verordnungen und Verträgen dem König zustanden, gehen auf das Staatsministerium über. Der Antrag wird unter Streichung seines letzten Absatzes, wonach Rechte, die vom König bisher auf Grund von Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhle ausgeübt wurden, durch eine neue Vereinbarung geregelt werden sollen, angenommen.

Darauf setzt das Haus die Besprechung über den sozialdemokratischen Antrag wegen der Enteignung des Hohenzollernhauses fort.

Abg. Dr. Kaufmann (Dem.) widerspricht dem mehrheitssozialistischen Antrag aufs Schärfe. Wir meinen

keinen bodenlosen Verunglimpfungen als unter unsere Würde zurück. (Großer Lärm links. — Glücke des Präsidenten.) Man will nur für die Wahlen Stimmung machen. (Beif. Widerspruch b. d. Soz.) Der Antrag spricht gegen jedes Recht und Gerechtigkeit. (Ernenrer Lärm b. d. Soz.)

Der Tumult nimmt immer mehr zu, so daß der Präsident sich genötigt sieht, die Sitzung auf kurze Zeit zu unterbrechen.

Als dem Redner eine Viertelstunde später das Wort wieder erteilt wird, kommt es zu neuen Tumulten, von denen der Schluß der Rede des Abg. Kaufmann unausgesetzt begleitet wird.

Abg. Dominikus (Dem.), Oppenhof (Ztr.) und von Richter (D. Bp.) sprechen gegen die Links- und Rechtsunabhängigen für den Antrag, der schließlich gegen die Stimmen der Sozialisten abgelehnt wird.

Vor der Schlußabstimmung über die Verfassung erhebt der Abg. Leidig (D. Bp.), daß seine Partei trotz einiger Bedenken für die Vorlage stimmen werde, die Deutschhannoveraner hingegen lehnen eine Beteiligung an der Verfassung ab.

Die Schlußabstimmung ergibt

die Annahme der Verfassung mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Enthaltungen. (Beif. jaster Beifall.)

Präsident Heinert: Mit diesem Beschluß hat die Landesversammlung ihr Mandat erfüllt. Ich hoffe, daß der dem gesamten preussischen Volke zum Segen gereichen möge. (Beif. jaster Beifall.)

Die wiederholte Abstimmung über das Kirchengrustrittsgesetz ergibt seine Annahme mit 19 gegen 137 Stimmen.

Mittwoch 1 Uhr: Haushalt des Ministeriums des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Neue Schwierigkeiten.

Die Erfüllung des Spa-Abkommens gefährdet.

In einer amtlichen Erklärung wird auf die infolge des außerordentlich niedrigen Wasserstandes des Rheins und des Wagenmangels entstandenen Schwierigkeiten bei der Ablieferung der Wiedergutmachungskohle hingewiesen und die Möglichkeit angedeutet, daß die Zweimillionentonnenlieferung am Ende dieses Monats mit einem Fehlbetrag abschließe.

Der Rheinwasserstand

ist auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberrhein ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige Oberreinhäfen ganz ausgeschaltet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, mußten die bisher auf dem Wasser liegenden Wiedergutmachungstransporte zu einem großen Teil auf die Eisenbahn umgelegt werden. Empfindlicher Wagenmangel und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten.

Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententeleistungen zu befriedigen, stoßen dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belgischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnfrachten gar nicht in der Lage sind. Alle Vorstellungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiedergutmachungskohle, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seehäfen geliefert werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich ausreichende Mengen französischer Wagenmaterials zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche mit Kohlen beladene Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen, sind auch nicht annähernd ausgleichend durch Zurverfügungstellung einer entsprechenden Zahl fremder Wagen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die Zwei-Millionen-Tonnen-Lieferung mit einem Fehlbetrag abschließt.

Die Pflichten der Arbeiterschaft.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers auf der Tagung des Gewerkschaftsrings.

Am Sonnabend begann im ehemaligen Herrenhause in Berlin die erste Tagung des Gewerkschaftsrings, der kürzlich aus dem Gesamtverband der deutschen Gewerkschaftenverbände (GdV), Dunder, dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und dem Gewerkschaftsbund mit seinen Unterorganisationen gebildet wurde und der rund 700 000 Mitglieder, Arbeiter, Angestellte und Beamte umfaßt. Die Tagung war von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begrüßte den Konvent im Namen der Reichsregierung und konstatierte

die Gelegenheit, um auf die neuen Pflichten der Arbeiterschaft hinzuweisen.

„Was die Arbeiterschaft vor dem Kriege nur in harten Kämpfen und in Tellerfolgen zu erringen vermochte, hat ihr der Krieg und sein trauriges Ende in Hülle und Fülle in den Schoß geworfen. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich rechtlich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Demgegenüber steht der politische und wirtschaftliche Sturz des Deutschen Reiches. Angesichts dieser Tatsachen muß man sich fragen: Was ist größer: Die Errungenschaften der Arbeiterschaft oder ihre Pflichten angesichts der Notwendigkeit des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft? Und man muß zu dem Schluß kommen:

Die Pflichten sind größer als die Rechte.

(Beifall.) Sie gehören zu denen, die keine Rechte haben wollen, ohne ihre Pflichten zu erfüllen. Gerade auf Ihre Hilfe rechne ich als der Vertreter des Arbeitsministeriums, das große Aufgaben zu erfüllen hat. In den nächsten Monaten haben wir das Gesetz über den Arbeitsnachweis, über die Schlichtungsausschüsse, über Arbeitsrecht usw. zu verabschieden. Das sind große soziale Aufgaben, die zu erfüllen sind.“

Darauf entwickelte der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsringes, die in der Überwindung der sozialen Krankheitserscheinungen, wie wilde Streiks, Verabschaffung der Arbeitsleistung und wilde Putzgeger die Republik zu erblicken seien.

„Wir bekennen uns“, so erklärte er,

zur Ablehnung der Gewalt

im Wirtschaftsleben, zur zielbewußten Reform auf dem Wege des Rechts und wünschen die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewalt- in ein Rechtsverhältnis. Wir halten fest am Gedanken des Tarifvertrages, der Vertragsfreiheit und des Schiedsgerichtswesens.“

Der Redner forderte die Aufrechterhaltung der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften unter Ablehnung jeder selbständigen Betriebsorganisation für den Wiederaufbau der Wirtschaft, die in einer horizontalen oder vertikalen Verknüpfung zusammengehöriger Betriebe zu erstreben sei, fordere der Ring, die radikale diktatorische Beherrschung der Produktionsmittel durch Mitbestimmung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu ersetzen. Der Besitz an den Produktionsmitteln muß so demokratisiert werden, daß durch Einföhrung der Teilhaberschaft im Großbetriebe auch der Arbeitnehmer seinen Anteil am Besitz erhält (Arbeitsgesellschaft).

Nach längerer Diskussion wurden die von Erkelenz vorgelegten Richtlinien, die sich mit seinen Ausführungen decken, einstimmig gutgeheißen. Einmütige Zustimmung fand auch der Programmtext des Gewerkschaftsringes.

Zwei Abstimmungen in Oberschlesien?

Die auswärtigen Stimmberechtigten vierzehn Tage später.

— Paris, 29. November. Der französische Ministerpräsident Poincaré erklärte nach seiner Rückkehr aus London Pressevertretern, es sei zwischen England und Frankreich eine Einigung über die Volksabstimmung in Oberschlesien erzielt worden. Die Stimmberechtigten Deutschen, die nicht in Oberschlesien wohnen, werden nicht zur gleichen Zeit wie die ständigen Bewohner der Provinz ihre Stimme abgeben. Zwischen den beiden Wahltagen soll ein Zwischenraum von wenigstens vierzehn Tagen liegen. Die Absicht, im westlichen Deutschland, z. B. in Köln, abstimmen zu lassen, wurde fallen gelassen.

Bisher liegen bei der deutschen Regierung keine Nachrichten vor, daß eine Einigung zwischen Frankreich und England in der oben angedeuteten Form zustande gekommen ist. Der genaue Termin der Abstimmung in Oberschlesien ist der deutschen Regierung ebenfalls noch nicht mitgeteilt worden. Sie wird sich zweifellos allen Vorschlägen, die nicht im Friedensvertrag begründet sind, widersetzen. Nach den Bestimmungen des Vertrages muß jeder Oberschlesier in seiner Heimatgemeinde abstimmen. Wenn die Stimmgabe an einem anderen Ort, z. B. in Köln, erfolgen sollte, muß also zunächst eine Abänderung des Friedensvertrages erfolgen. Hierzu wird aber Deutschland niemals seine Zustimmung geben, denn die verschiedensten Gründe technischer und politischer Art sprechen gegen eine Abänderung der Abstimmungsvorschriften. Es sei heute nur daran erinnert, daß die Reichszahl der 300 000 abstimmungsberechtigten, aber nicht mehr in Oberschlesien wohnenden Personen im Osten Deutschlands, insbesondere aber in unmittelbarer Nähe des Abstimmungsgebietes wohnt. Ferner würden die zahlreichen verkehrstechnischen und Unterbringungs-schwierigkeiten eine Abstimmung in Köln einfach unmöglich machen.

Es sei auch noch auf folgendes politische Bedenken hingewiesen. Eine räumliche und zeitliche Trennung der Abstimmungsberechtigten muß unweigerlich zu einer verschiedenen Wertung der Abstimmungsberechtigten führen. Hiergegen sprechen aber frühere Entscheidungen der Völkervertragskonferenz selbst. Als damals vor der Abstimmung in Ost- und Westpreußen die Polen gesonderte Wahlurnen für die einheimischen und die auswärtigen Abstimmungsberechtigten forderten, hat die Völkervertragskonferenz klipp und klar entschieden, daß keinerlei Unterschied zwischen den Abstimmungsberechtigten zugelassen werden dürfe. Will die Entente mit der neuen Entscheidung sich selbst widersprechen?

Schließlich wird man in dem neuerlichen „Beschluss“ der Entente eine einseitige Porteinahme für die Polen erblicken müssen, die mit allen Mitteln die außerhalb des oberschlesischen Abstimmungsgebietes Wohnenden von der Abstimmung fernzuhalten oder doch wenigstens die Macht dieser Stimmen abzuschwächen suchen. Alle diese Vorwürfe können die Alliierten sich erheben, wenn sie, unbekert durch politische Sonderwünsche, einzig und allein die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages als Richtschnur nehmen und die aus angeblichen Zweckmäßigkeitsgründen gemachten Abänderungsvorschläge ohne weiteres ablehnen.

Der irische Brandfeldzug.

Millionenschaden bei dem Liverpooler Hafenbrand. Durch die umfangreichen Brandstiftungen im Liver-

pooler Hafen haben die Einfuhr der Kampfbahnen von Irland nach England v. l. g. Sie handeln hierbei nach einem großangelegten Versteckungsplan, dessen Einzelheiten allerdings den Engländern vorher zur Kenntnis gekommen sind und von der Regierung im Unterhaus mitgeteilt worden sind.

Das Kabinett konnte infolgedessen, wenigstens in London, die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die Angriffe der Einfuhr treffen. Das Regierungs-viertel wurde durch Barrikaden abgesperrt. Zahlreiche Brände in den Londoner Hafenanlagen konnten im Keime erstickt werden und haben nur wenig Schaden angerichtet. Dagegen haben die Brände in den Liverpooler Baumwollslagern ungeheure Verwüstungen verursacht. Der Schaden läuft in die Millionen. 13 000 Ballen Baumwolle wurden zerstört. Der Anschlag war äußerst sorgfältig ins Werk gesetzt worden. Große Mengen von Brandstoffen wurden entdeckt, darunter Säcken und Flaschen mit Petroleum. Die Polizei hatte die Stadt zeitweise umzingelt und die Verbindung mit der Außenwelt unterbrochen. Die Versuche, die Brandstifter zu verhaften, die von ihren Anhängern verborgen gehalten werden, waren jedoch nur teilweise erfolgreich.

Außerordentliche Schutzmaßnahmen in London.

Die Brandstiftungen haben in England großen Schrecken hervorgerufen. Das Unterhaus hat sofort alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen beschlossen, die zum Schutze der Regierung und des Landes getroffen werden sollen. Auf der Themse unmittelbar vor dem Parlamentsgebäude kreuzt ständig ein mit Maschinen-gewehren bewaffnetes Motorboot. Die Mitglieder der Regierung und ihre Familien empfangen jeden Tag Drohbriefe. Das Unterhaus und Westminster wird Tag und Nacht auf das strengste bewacht, weil man einen Angriff befürchtet. Das Regierungs-viertel steht unter scharfer militärischer Bewachung. In Manchester ist man auf einen Angriff vorbereitet. Die ganze Stadt wird bewacht, namentlich die Gas- und Elektrizitätswerke sowie auch die Eisenbahnstationen. Unter den Arbeitern Manchesters gibt es viele Irländer, und man fürchtet, daß sie mit den Einfuhrern zusammenarbeiten.

Wiederholungen in Irland.

Neuters Büro berichtet, seit Sonnabend morgen haben in Cork wiederholungen durch Brandstiftungen in beunruhigendem Maße eingesetzt. Acht Geschäftshäuser wurden in Brand gesetzt. Der Schaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Montagsabend sollen zwei mit 17 englischen Polizisten besetzte Kraftwagen in der Nähe von Kilmichael in der Grafschaft Cork in einen Hinterhalt. Fünfzehn Polizisten wurden getötet und zwei verwundet. Die Kraftwagen wurden von den Angreifern in Brand gesetzt. Die Waffen und der Schießbedarf wurden von ihnen weggeführt.

Einheitliche Beamtensoldung.

Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtensoldung eingebracht, dessen Inhalt in kurzen Zügen folgender ist:

Die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften sollen — von Ausnahmen abgesehen — die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer nicht günstiger regeln dürfen, als sie für gleich zu bewertende Reichsbeamte geregelt sind. Sie sollen demzufolge auch gehalten sein, die zurzeit geltenden, nach dem 31. März 1920 erlassenen oder in Kraft getretenen Vorschriften über Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer unter Beobachtung dieses Grundsatzes unbeschadet der Wahrung wohlverbordener Rechte neu zu regeln. Regelt ein Land die Dienstbezüge von Beamten oder Lehrern günstiger als das Reich, so soll der Reichsminister der Finanzen hiergegen Einspruch erheben können mit der Wirkung, daß die günstigere Regelung vorerst nicht in Kraft gesetzt werden darf. Demgegenüber soll das Land die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen können, an dessen Stelle bis zu seiner Errichtung ein beim Reichsgericht gebildetes Schiedsgericht tritt.

Die Vorschriften der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften über Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer sollen der Genehmigung durch die zuständigen obersten Landesbehörden bedürfen und nur dann dem Einspruchsrecht des Reichsministers der Finanzen unterliegen, wenn die obersten Landesbehörden eine ausnahmsweise Besserstellung gegenüber gleich zu bewertenden Reichsbeamten genehmigt haben. Sollten Beamten oder Lehrern durch Anwendung des Gesetzes rückwirkend schlechter gestellt werden, so sollen keine Rückzahlungen erfolgen. Das Gesetz soll vom 1. April 1920 ab in Kraft treten und nur bis zum 1. April 1923 gelten.

Politische Rundschau.

— Berlin, 1. Dezember 1920.

Der Vertreter der Reichsbevollmächtigten v. Gallenhausen ist auf Grund einer Rede, die er im Rheinland gehalten hat und in der er sich in herablassenden Redensarten gegen die Rheinländer geäußert, von seinem Amte suspendiert worden.

Herr v. Kardorff, Berlin wurde von der Deutschen Volkspartei endgültig als Spitzenkandidat für den Wahlkreis Halle — Merseburg bei den Reichswahlen aufgestellt.

Wie die Sozialistische Korrespondenz mitteilt, ist die Strafverfolgung gegen den Abg. Schulz-Kiel, die von der Landesversammlung genehmigt worden war, wegen Mangels an Beweisen eingestellt worden.

Zum Vondrat des Kreises Gardelegen wurde der Demokrat Oskar Boehr, ein früherer Volksschullehrer, gewählt.

Die angeblichen Kapitalverschiebungen des Kronprinzenhauses. Von einem autorisierten Vertreter des Kronprinzen und der Kronprinzessin geht der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Mitteilung zu: „Es ist un-wahr, daß die Firma Gruffer, Philipson u. Co. oder ihr Inhaber, wie behauptet worden ist, das kronprinzliche Vermögen aus Deutschland hinausgeschafft haben“, weder 60 Millionen Mark — ein auch nur entfernt so hohes Vermögen besitzen der Kronprinz und seine Gemahlin überhaupt nicht — noch irgendwelche noch so niedrige Werte. Der Kronprinz, die Kronprinzessin und der Generalbevollmächtigte des Kronprinzen, Major a. D. v. Müller haben mit irgendwelchen Kapitalverschiebungen Gruffer's nicht das a e-

ringste zu tun. Das Gruffer bei dem Kronprinzen in Beringen gewesen ist, ist richtig. Er hatte der Kronprinz, als dieser sich nach Holland begeben hat und dort ohne Mittel war, zur Deckung der notwendigen Bedürfnisse 5000 Gulden vorgestreckt. Der Kronprinz war auf derartige Hilfen angewiesen, da er und seine Begleiter bei ihrem Uebertritt nach Holland keinerlei Guthaben besaßen, auch die holländische Regierung das gesamte Privatvermögen beschlagnahmte und jede Zahlung von Managen an die im Ausland weilenden Prinzen verboten war.“

Schlechte Getreideablieferung. Eine ins Reich ernährungsministerium einberufene Kommission, die neben Abgeordneten aller Parteien auch zahlreiche Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen angehören, nahm eine Entschließung an, in der den Ausführungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zugestimmt wurde, daß der Versuch gemacht werden muß, den landwirtschaftlichen Erzeugnissen die schweren Gefahren vor Augen zu führen, die durch die mangelhafte Getreideablieferung das gesamte deutsche Wirtschaftsleben bedrohen. Die Versammelten erklärten sich persönlich und namens der von ihnen vertretenen Körperschaften und Verbände bereit, an dieser Ausführsarbeit durch beschleunigte Einberufung von Versammlungen, durch persönliche Einwirkung auf die einzelnen Landwirte sowie durch Heranziehung der Lehrerschaft, der Geistlichkeit und sonstiger einflussreicher Persönlichkeiten mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Stand der Sozialisierungsfrage. Ueber die verschiedenen Entwürfe, die zuerst von der Sozialisierungs-kommission und dann im Reichswirtschaftsrat geschaffen und beraten worden sind, ist bisher eine Einigung nicht zustande gekommen. Der tiefere Grund liegt hierfür u. a. darin, daß über den Begriff „Sozialisierung“ selbst unter den Sachverständigen und unter den Parteien, die nach ihr verlangen, ebensowenig Klarheit herrscht, wie früher über den sozialistischen Zukunftsstaat. Die um 9 Mitglieder verstärkte Einigungskommission des Reichswirtschaftsrates wird am 1. Dezember wieder zusammentreten, um zu versuchen, einen Schritt weiter zu kommen. Sollte dieser Versuch zu einem Ergebnis führen und das Plenum des Reichswirtschaftsrates ihm zustimmen, so ist anzunehmen, daß auch die Regierung den so zustande gekommenen Entwurf ohne weitere Veränderung dem Reichstage vorlegen wird. Der am 1. Dezember beginnenden Sitzung ist also eine erhebliche Bedeutung zuzumessen.

Rundschau im Auslande.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ teilt Polen Vorbereitungen zur Einrichtung einer starken Gar-nison in Danzig.

Zum neuen österreichischen Gesandten in Berlin soll der ehemalige deutsch-böhmische Abgeordnete Dr. J. Langen hahn ernannt werden. Dr. Langen hahn gehörte zu den eifrigsten Vorkämpfern des Anschlußgedankens.

Die österreichische Regierung hat sich an Deutschland mit dem Ersuchen gewandt, eine Reklamschiff von zirka 600 Tonnage bewilligen zu wollen.

Die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten findet am 8. Dezember statt. Die Christlich-Sozialen haben den Landeshauptmann der Steiermark, Rintelen, als Kandidaten aufgestellt.

Die italienische Kammer hat das Adria-Abkommen mit Südsiamen mit 215 gegen 13 Stimmen angenommen.

Kaiser Blättern zufolge soll die Konferenz der Balkanländer am 10. Dezember geschlossen werden.

Griechenland: König Konstantin's Heimkehr.

Dasas meldet aus Athen: Der griechische Kronprinz „Alexander“, der sich in Konstantinopel befand, erhielt Befehl, nach dem Strand zurückzukehren und sich dort bereitzustellen, nach Brindisi zu fahren, um den König Konstantin nach Griechenland zurückzubringen. Der „Alexander“ wird von sämtlichen anderen Schiffen der griechischen Flotte begleitet werden. — Die Athener Solisten hielt in einem Hause eine Durchsuchung ab und miedete dabei zufällig alle Rechte der revolutionären Regierung des vormaligen Ministerpräsidenten Benizelos in Saloniki.

Kinder in Not!

Wirst Du fehlen mit Deiner Gabe?

Deutsche Kinderhilfe.

Lozales und Provinzielles.

* Weissenheim, 2. Dez. Zum 150. Male fährt sich am 17. Dezember der Geburtstag des größten Symphonikers Ludwig von Beethoven. Diesen Tag begeht die Schülerschaft des hiesigen Realgymnasiums durch eine Musikaufführung mit einleitendem Vortrag am 18. Dezember im „Deutschen Haus“. Kein Verräter kann die Reihe der Vortragsabende eröffnen, die der Schülerschaft in bestimmten Zeitabschnitten veranstaltet wird. Es sei erwähnt, daß die Mitwirkung des Kammervirtuosen Karl Korn-Deitrich, eines ehemaligen Schülers der Anstalt, dazu beitragen wird, auch den anspruchsvollsten Erwartungen gerecht zu werden. Die Vortragsfolge zeigt, daß in angenehmem Wechsel Klavier, Geige und Horn in das tiefe Wesen des Künstler-menschen Beethoven einführen werden. Da die Schüler bestrebt sind zu zeigen, daß ihr Wollen und Können in der Zeit ihrer Selbstverwaltung nicht abgenommen hat, wird es auch für ehemalige Angehörige der Anstalt nicht ohne Interesse sein, diese Feier zu besuchen, zumal der Reinertrag der körperlichen Erleichterung der Schüler gewidmet ist. Der Vorverkauf für Weissenheim findet bei W. A. Ostern, der für Radesheim bei A. Reil statt; es würde sich empfehlen, die Karten bald zu besorgen, da ein großer Teil schon verkauft ist und eine Abend-Kassen-Ausgabe nicht erfolgt.

KA Weissenheim, 2. Dez. Nach einer Verfügung des Preussischen Landesgetreideamtes verlieren die Reichsbrotmarken alten Musters (großes Format), welche seit Ende Mai 1920 neben denjenigen neueren Musters (kleines Format) gültig waren, mit Ablauf des 31. Dezember 1920 ihre Gültigkeit. Demgemäß sind vom 1. Januar 1921

nur noch die neuen Reisbrotmarken (kleines Format) ausschließlich gültig. Es empfiehlt sich daher für die Inhaber von Reisbrotmarken großen Formats dieselben noch in diesem Jahre zu verbrauchen.

Weissenheim, 2. Dez. (Niedriger Wasserstand — flodende Schifffahrt.) Aus Weissenheim wird berichtet: Selbst die ältesten Leute hier wissen sich kaum zu erinnern, daß der Rhein einen solchen Tiefstand gezeigt hat, wie heute. Der Pegel zeigt heute kaum 39 Zentimeter. Vergleicht man hiermit den Stand am 16. Februar d. J., an welchem Tag er als Höchststand der Ueberschwemmung 5.75 Meter betrug, so kann man ermessen, welche gewaltige Wassermassen damals über die Ufer bis in die entlegensten Straßen rauschten, aber auch wie geradezu lässlich heute der Wasserstand ist. Wenn auch der Pegel nur 35 Zentimeter zeigt, so sahen wir trotzdem einen Schleppdampfer sich langsam hier vorbeiwenden, der 10 Anhänger hatte, natürlich jeder mit kaum halber Fracht. Bei dem heute herrschenden Nebel stockt die Schifffahrt ganz. — Aus Caub wird gemeldet: In diesem Jahre zeigt der dortige Pegel den höchsten und den niedrigsten Wasserstand. Am 26. Jan. war der Rhein auf 7.80 Meter gestiegen; am 16. Nov. hatte er nur noch eine Höhe von 80 Zentimeter.

W. Weissenheim, 2. Dez. Geschäftliches. Die Wunden des Krieges sind noch nicht vernarbt und manchem Schwerbeschädigten ist es noch nicht gelungen, Unterkommen im Dienste des Staates, Kommune oder Industrie zu finden, zumal ihnen nicht jede Berrichtung zugemutet werden kann. Dies hat den Kriegsbeschädigten Johann Schüller veranlaßt, um den Eltern und der Fürsorge nicht ganz zur Last zu fallen, im Elternhause Rheinstraße 3 ein Zigarren- und Tabakgeschäft zu eröffnen. Schüller hat das rechte Bein verloren und das linke doppelt gebrochen. Das Infirmität in heutiger Nummer sei ein Appell an alle Kameraden, den Bedauernswerten in seinem Ringen um eine Existenz zu unterstützen.

Ende des Militärpassees. Immer mehr und mehr schwinden die Einrichtungen des früheren deutschen Heeres, auch der Militärpaß ist jetzt zu Grab getragen. Er galt bisher als ein wichtiges Ausweis-papier nicht nur in militärischen Angelegenheiten, sondern auch bei Veremungen, Erkrankungen, Prozessen usw. Außer diesen praktischen Zwecken hatte das schlichte blaue Büchlein noch einen anderen, mehr ethischen Standen doch auf den wenigen unbedruckten Seiten des Passees manche Notizen, aus denen ein ganzer Roman, wild von Kriegeslärm und schweren Leiden ein-gerahmt, zu schließen war. Dadurch wurde der Militärpaß in manchen Familien zu einem besonderen Wertstück, das einmal auf Kinder und Enkel übergehen wird und ein bebrotes Zeugnis vom großen Kriege, — interessant gemacht durch die Verwandtschaft des ursprünglichen Inhabers —, ablegen wird. Bisher sind über sieben Millionen Militärpässe auf Verlangen ausgestellt worden, vier Millionen Pässe liegen noch unanbringlich auf den Abwicklungsstellen. Durch die Entente wurde die Aufhebung der Korps-abwicklungsstellen gefordert und damit ist das Ende des Militärpassees besiegelt, d. h. sie können nicht mehr ausgestellt werden, und die betreffenden Gesuche bleiben unerledigt. Das Reichskabinett hat darauf beschlossen, daß die Behörden im Reich, Staat und Gemeinden nicht mehr zur Feststellung der Personalien Militärpässe anfordern dürfen.

Ein Leben als lebenswichtiger Betrieb. Der Reichskohlenkommissar hat angeordnet, daß die Schulen betreffs der Zuteilung von Kohle als lebenswichtige Betriebe anzusehen sind, soweit die Allgemeinheit durch örtliche Verhältnisse unter dieser Annahme nicht zu sehr leidet. Dadurch sollen die Kälteferien möglichst vermieden und die Gesundheit der Schüler geschützt werden.

Pflanzenpflege im Winter. Statt der Quell-des Lebens kann das Wasser auch die Quelle des Todes für die Pflanzen werden, namentlich zur Winterzeit wenn im Punkte des Begießens gesündigt wird. An bittersten dürsten sich da wohl die Kalteen beklagen. Die Kalteen haben, ganz so wie andere Gewächse, all-jährlich eine Ruhezeit, — und diese fällt bei den meisten Sorten in den Spätherbst und die ersten Wintermonate. In dieser Zeit, wenn der Aufenthalt eir-frostfreier, sonst aber nur kalter ist, braucht man sie nicht oder beinahe nicht zu begießen, sondern man gibt ihnen erst wieder Wasser, wenn sie wieder Leben verraten, was bei den meisten Arten ungefähr nach Mitte Februar eintritt. Stehen aber die Pflanzen in einem geheizten, warmen Raum, so darf man auch vom Spätherbst bis Februar die Erde in den Töpfen nie völlig austrocknen lassen, aber auch nie über-schwemmen. Die Ruhezeit in einem warmen Aufen-gastraum ist bei den Kalteen eine viel kürzere, als in einem kühlen oder kalten; die Pflanzen treiben viel früher wieder und müssen auch früher Wasser be-kommen. Gibt man ihnen dieses nicht, so müssen die Pflanzen von den inneren Kräften zehren und mager ab. Den Kalteen in wärmeren und trockener Räumen, namentlich aber in geheizten Wohnzimmern, ist auch im Winter niemals das Wasser gänzlich zu entziehen, sondern nur sparsam zu reichen.

Niedesheim, 1. Dez. Herr Kreisobersekretär Spangen-berg aus Olpe (Weistal) ist in gleicher Eigenschaft an das hiesige Landratsamt versetzt worden.

Kinder in Not!

Kinder in Not! Hörst du den Warnungsruf?
Deutschlands Blüte, die neue Hoffnung schuf,
In Not!
Die letzten Triebe, der Erde neue Kraft,
Von Hunger, von Elend dahingerafft,
Im Tod!
Fern, in fremder Erde, liegt,
Was für uns gestritten, für uns gesiegt,
In Ehren!
Daß auf die grüne Zukunftsaat
Kein Reis fiel, kein Roß trat,
Zu wehren!
Konnten's nicht hindern, die Toten!
Blasse Wangen wurden aus roten
Bei largem Mahl.
Und der Schnitter, der mit Rugeln gemäht,

Lacht wenn er heimliche Krankheit sät
Und Mutterqual!

Wist ihr, ob unter den Kindern, die sterben,
Jenes nicht ist, das Deutschlands Erben
Einst führt zum Licht?
Wie unter Heiland dem Fluche entgangen,
Als vielhundert Blüten zersprangen,
Wist ihr es nicht?

Helfst alle, o helfst, eh' das Unheil geschehen,
Helfst, eh' die deutschen Kinder vergehen
In dunkler Nacht!
Daß Liebe fällt wie negender Tau
Und der Heimat lieblichste Blumenau
Wieder lacht!

Agnes Harder.

Aus Stadt und Land.

Amerikanische Hilfe für die deutschen Kinder. Das deutsche Zentralkomitee für das deutsche Hilfswerk in Neuport arbeitet mit dem Quälerkomitee zusammen, so daß das gesamte Hilfswerk einheitlich ist zur Auf-bringung von 23 Millionen Dollar für die Notleidenden in Mittel- und Osteuropa, davon acht Millionen für die deutschen Kinder (etwa 1/4 Milliarde Mark). Durch ärztliche Untersuchungen in den Volksschulen in Ober-hausen (N.H.) wurde festgestellt, daß die Hälfte der Kinder mit Tuberkulose befallen sind.

Eine ganze Familie ermordet. In der Nähe von Stolp ist eine ganze Banernfamilie einem schweren Verbrechen zum Opfer gefallen. Bei dem Besitzer Wolf erschienen mehrere Männer unter Führung eines Russen. Sie erschossen den Besitzer und ermordeten seine Frau und die Söhne durch zahlreiche Messerstiche. Sodann bedeckten sie die Leichen mit Betten, übergossen sie mit Petroleum und steckten das ganze Gehöft in Brand. Ein zehnjähriger Sohn entfloß trotz mehrerer Messerstiche und holte Hilfe herbei, bei deren An-kunft jedoch die Bande unter Mithahme aller Wertgegenstände entflohen war.

Doppelmord an einem Ehepaare. In der Nähe von Hohenstein in Ostpreußen erschoss der 19-jährige Besitzersohn Born den Obermeister Teglast und dessen Frau in Gegenwart ihrer drei kleinen Kinder, da Teg-last von einem Diebstahl Borns Kenntnis hatte. Als Teglast durch die Schußverletzungen noch nicht tot war, schlug Born noch mit einer Axt auf den Verletzten ein. Der Täter konnte verhaftet werden.

Das Geständnis des Mörders. Ein des Mordes an einem Birt geständiger Holz knecht hat einem Gast-genossen erzählt, im August 1916 am E. H. Stein an der Tiroler Grenze einen etwa 60-jährigen Touristen mit seiner etwa 25-jährigen Frau erschlagen und beraubt zu haben. Das in den Zeitungen als vermist ge-meldete Paar sei seines Erinnerns aus Schwarzberg gewesen.

Schiffszusammenstoß im Hamburger Hafen. Der englische Dampfer „Acorington“, der am Sonntagabend den Hamburger Hafen nach Grimsby verließ, stieß vor St.-Pauli-Landungsbrücke mit dem Hamburger See-schlepper „Vornhofen“ zusammen. Der Schlepper er-litt so schwere Beschädigungen, daß er sofort sank. Zwei Mann der Besatzung wurden vermißt.

Entkommunalisierung der Frankfurter Wa. er- und Elektrizitätswerte. Wie die „Frankfurter Nach-richten“ melden, beabsichtigt die Stadt Frankfurt die Wasser- und Elektrizitätswerte zu entkommunalisieren und in die Leitung einer gemischtwirtschaftlichen G. m. b. H. überzuführen. Man erwartet von der privaten Bewirtschaftung eine raschere Gesundung der Wirt-schaftsverhältnisse, die bei der gegenwärtigen Aufsuh-wirtschaft unmöglich ist.

Die notleidende Wissenschaft. Nachdem die ma-thematisch-naturwissenschaftliche Abteilung der Wiener Akademie der Wissenschaften sich bereits gezwungen sah ihre Veröffentlichungen einzustellen, steht sich nun auch die philosophisch-historische Abteilung nach vollständiger Erschöpfung der hierzu verfügbaren Mittel zu dem gleichen Schritt genötigt. Damit werden die gesamten Arbeiten eines in der ganzen Welt hochgeachteten Ge-lehrtenkollegiums der Öffentlichkeit und dem gemein-samen Nutzen der Kulturwelt entzogen.

Fünf Millionen Mark für Rettung aus Seerot. Der japanische Dampfer „Forsaid Maru“ war auf der Fahrt von Meaborg durch den Nordostsekanal nach Newcastle mit einer Ladung Holz in der Elbmündung gestrandet. Es gelang den vereinigten Bemühungen von acht Schleppdampfern erst nach längerer Zeit, den Dampfer wieder flott zu bringen. Er wurde dann nach Rughaven gebracht, um dort durch Taucher fest-stellen zu lassen, ob der Dampfer bei der Strandung Bodenschaden erlitten habe. Das war nicht der Fall und nun präsentierten die Schlepp- und Bergungs-gesellschaften ihre Forderung im Gesamtbetrag von 5 Millionen Mark. Da diese nicht sofort beglichen werden konnte, wurde das Schiff nach altem Herkom-men mit der Kette belegt, d. h. gerichtsfällig bis zur Begleichung der Forderung beschlagnahmt, was bei der Höhe des Objekts weitere 50 000 Mark Gerichtskosten verursachte. Durch Vermittlung des Hamburger Schiff-maklers der japanischen Reederei wurde dann schließlich Sicherheit in Höhe von 5 050 000 Mark gestellt, worauf der Dampfer seine Ausreise nach Newcastle fortsetzen konnte.

Bedenklicher Zustand der Kaiserin. Nach einer Meldung aus Doorn geben Professor Gynmanns und Leibarzt Dr. Hachner folgende Mitteilung aus: Nach zwei in den letzten Tagen aufgetretenen Anfällen von Herzschwäche ist der Zustand der deutschen Kaiserin erneut sehr bedenklich.

Die Veranbarung des Sarges der heiligen En-fasch in Marburg. beschäftigt auch die Berliner Kri-minalpolizei. Die Täter sind vermutlich drei junge Leute von 18 bis 20 Jahren, die, wie die Ermitt-lungen ergeben haben, kurz vor dem Kirchenraub in der Nähe des Tatories gesehen wurden. Sie sind, wie festgestellt werden konnte, von Marburg nach Frank-furt a. M. gefahren. Die Verfolgung der Spur ist sofort aufgenommen worden. Die von ihnen gemachte Beute, die sie wahrscheinlich in einer Großstadt zu Geld zu machen versuchen, ist von unschätzbarem Werte. Es handelt sich um eine große Anzahl kostbarer, meist ungeklärter Edelsteine von zum Teil beträchtlicher Größe, darunter viele hellblaue wie violette Saphire.

Woiwode, rüme napproune, Smaragde usw. Die Räuber brachen die an der Außenseite des Sarges angebrachten Edelsteine mit roher Gewalt aus ihren Fassungen, so daß die Hüllarbeit stark beschädigt und zum Teil ganz abgebrochen wurde.

Der älteste Einwohner Schleswig-Holsteins ge-torben. Im 102. Lebensjahre verstarb in Schmalstede, Kampgenosse von 1848/51, Alrenteller Johann Stäh-ner. Er war nicht nur der älteste Schleswig-Holsteinische Freiheitskämpfer, sondern auch der älteste männliche Einwohner der Provinz Schleswig-Holstein.

Schweres Autounglück im Rheinland. Am Bahnübergang in Kirchberg bei Kreuznach wurde ein Lastauto aus Münstermaifeld von der Lokomotive eines Personenzuges erfasst und eine Strecke mitge-schleift. Der Kraftwagenführer und der Besizer wur-den getötet, der mitfahrende Hotelbesitzer Grehnau schwer verletzt.

Niesensbetrügereien mit gefälschten Vandalen. In Rheinland-Westfalen ist man einer großen Betrugs-iffäre auf die Spur gekommen, durch die das Reich um mehrere Millionen geschädigt worden ist. So hat nan in den größeren Städten, wie Köln, Duisburg, Bochum, Dortmund und Düsseldorf, festgestellt, daß Zigarren- und Zigarettenbänderolen in den Verkehr gelangt sind, die teils schon gebraucht, teils gefälscht worden sind. Der Staat verläuft die Vandalen zum Preise von 1,25 Mark, während die gefälschten oder benutzten Vandalen zum Preise von 9 ... den Verkehr gelangten. Nach den bisherigen Lieber-schlägen ist der Staat um etwa 7 bis 8 Millionen geschädigt worden.

Mordmord in Breslau. In einem Hause der Frankfurter Straße wurde der 74-jährige Arbeiter Scheidler mit einem Bleirohr erschlagen und beraubt. Als Täter kommen drei junge Leute in Frage, die vor der Wohnung des Erschlagenen zur Zeit des Mordes gesehen worden sind.

Ein gefährlicher Unglücksfall hat sich in Rathen in der sächsischen Schweiz ereignet. Eine Frau kehrte aus Dresden vom Besuch ihrer Schwester zurück. Die Frau kam, da der Zug überfüllt war, an die Tür zu stehen. Als der Zug die Station Rathen verlassen hatte, bündete sich die Wagengrube und die Frau stürzte auf das Nebengleis hinunter, wo sie von einem ent-gegenkommenden Personenzug überfahren wurde. Bahn-arbeiter fanden sie tödlich verstimmt auf den Schle-nen vor.

Die Ederalsperre, die größte Sperre des Kon-tinents, die 220 Millionen Kubikmeter Wasser fängt, weist infolge der anhaltenden Trockenheit nur mehr einen Wassereinhalt von 45 Millionen Kubikmeter auf. Von dieser Wassermenge muß die Sperre täglich etwa eine Million als Zuschuß für das Kraftwerk abgeben, so daß, wenn nicht bald kräftige Niederschläge eintre-ten, in etwa vierzehn Tagen der See restlos ver-schwinden wird, was namentlich für die Strom-versorgung der ganzen Gegend von katastrophaler Wir-kung sein würde. Vorläufig sind bereits für alle an die Sperre angeschlossenen Stromversorgungsgebiete starke Einschränkungsbestimmungen für den Stromver-brauch erlassen worden.

An der polnischen Grenze erschossen. In der Nähe der Schule Parafschin bei Lauenburg wurde der Pächter Otto Mielke aus Abbau Eichwalde erschossen aufgefunden. Er lag etwa 100 Meter von der Grenze entfernt auf deutschem Boden. Anscheinend ist er beim Ueberschreiten der Grenze von polnischen Posten er-schossen worden. Eine deutsche Gerichtscommission war zur Feststellung des Tatbestandes in Parafschin an-wesend.

Brotskandal in Wien. Großes Aufsehen macht das Ergebnis der von der Untersuchungsanstalt für Lebensmittel in Wiener Brotfabriken vorgenommenen Mehlüberprüfung. Es ergab sich, daß das Kartoffel-walzmehl vielfach einen abnormen Geruch und Ge-schmack hat, und sogar einen Sandzusatz enthält. Das untersuchte Maismehl hat einen bitteren Geschmack. Eine Probe ergab, daß das Mehl aus brandigem Weizen hergestellt war. Der Bürgermeister ließ an die Ge-treideverkehrsanstalt die Forderung richten, nur ein-wandfreies Mehl zu verarbeiten. Ferner wurde eine Ueberprüfung aller Mehlorten angeordnet.

Neueste Nachrichten.

TU München, 2. Dez. In den Russen-Internier-ungslagern Bayreuth und Erlangen ist der Typhus ausge-brochen. Die Absperrungsmaßnahmen wurden verschärft. Der Lagerwache wurde es erlaubt, auf etwaige russische Flüchtlinge zu schießen. Die Nachricht eines fränkischen Blattes, daß die russischen Internierten nach norddeutschen Lagern abgeschoben werden sollen, bestätigt sich nicht.

TU Genf, 2. Dez. Die fünfte Kommission nahm gestern Vormittag einen Bericht von Lord Curzon über die Zulassung Oesterreichs in den Völkerbund entgegen. Die Kommission hat einstimmig beschlossen, der General-versammlung der Gesellschaft der Nationen die Zulassung Oesterreichs zum Völkerbunde zu empfehlen.

TU Warschau, 2. Dez. Wie hierher gemeldet wurde soll auf Antrag Englands und im Einverständnis Frank-reichs die Abstimmung in Oberschlesien zonenweise erfolgen. Die in Deutschland befindlichen Oberschlesier werden in Köln abstimmen.

TU Amsterdam, 2. Dez. Dem „Handelsblad“ wird aus Doorn gemeldet: Der Zustand der ehemaligen Kaiserin hat sich weiter sehr verschlimmert, so daß jeden Augenblick das Schlimmste befürchtet werden muß. Außer dem Prinzen und der Prinzessin Adalbert und dem Prinzen Oskar weilt der frühere Leibarzt der Kaiserin in Doorn, ebenso der Pastor der deutschen Gemeinde in Haarlem.

TU Paris, 2. Dez. Wie aus London gemeldet wird, berichtet die „Morning Post“, daß ein Uebereinkommen zwischen den drei Großmächten bezüglich der Rückkehr Kon-stantins zu Stande gekommen sei. Der Erzkönig wird davon in Kenntnis gesetzt werden, sobald Puygues wieder nach London zurückgekehrt sein wird.

TU London, 2. Dez. Der Athener Korrespondent des „Daily Mail“ berichtet unter dem 29. November: Man glaubt in hiesigen Regierungskreisen, daß König Konstantin ermächtigt werden wird, nach Athen zu-rückzukehren, um den für ihn vorbereiteten feierlichen Em-pfang durch das Volk entgegenzunehmen, unter der Be-dingung, daß er nach einer bestimmten Zeit zu Gunsten seines Sohnes, des Prinzen Georg, abdanten werde.

Bekanntmachung.

Von Dienstag den 7. d. Mts. an kommt in den Kolonialwarenhandlungen das bereits durch Pressenotiz angekündigte

Haushaltungsmehl

zur Verteilung. Auf die Person entfallen 800 Gramm, zum Preise von 5.— Mk. das Pfund, wovon 600 Gr. für Monat November und 200 Gramm für Monat Dezember bestimmt sind.

Abgetrennt wird Feld 18 der Lebensmittelkarte. Vorlage der Karten am 3. und 4. d. Mts.

Die Händler haben die Abschnitte bis Montag Vormittag 10 Uhr im Wirtschaftsamt vorzulegen und Sack für Reste mitzubringen.

Nach einer Verfügung des Preussischen Landesgetreideamtes verlieren die Reisbrotmarken alten Musters (großes Format), welche seit Ende Mai 1920 neben denjenigen neueren Musters (kleines Format) gültig waren, mit Ablauf des 31. Dezember 1920 ihre Gültigkeit. Vom 1. Januar 1921 ab sind demgemäß nur noch die neuen Marken (kleines Format) ausschließlich gültig. Ein Umtausch der alten Marken in neue wird nicht zugelassen.

Geisenheim, den 1. Dezember 1920.

Der Magistrat.



der Kriegsbeschädigten, Kriegs Hinterbliebenen und ehemaligen Kriegsteilnehmer
Ortsgruppe Geisenheim-Johannisberg.

PROGRAMM

Wohltätigkeits-Veranstaltung

Sonntag den 5. Dezember 1920, nachm. 4 1/2 Uhr
im Saalbau „Deutsches Haus“.

I. TEIL.

1. Fest-Ouverture Fuchs
2. Begrüßungsansprache
mit anschließendem lebendem Bild
3. Weihnachtslieder-Potpouri Fuchs
4. Vorderhaus und Hinterhaus, Weihnachts-
lebensbild in 1 Akt
5. Der Schwalben Abschied, Lied für
Trompete Wimmer

II. TEIL

6. Bersagliere-Marsch Ellenberg
7. Aus Trümmern aufwärts, Soziales Volkstück
in 1 Akt
8. Gold und Silber, Walzer Lehar
9. Ende gut, alles gut, Lustspiel in 1 Akt
10. Unter dem Sternenbanner, Marsch Sousa

Hierauf: T A N Z.

Eintritt: Res. Platz 5 Mk., 1. Platz 3.50 Mk.
Mitglieder haben freien Zutritt nur gegen Vorzeigung
der Mitgliedskarte.

Karten-Vorverkauf: Buchhandlung Peter Hillen, Kauf-
mann Martin Simon, Friseur Anton Mackauer und
Friseur Jean Reutershan.

Zu zahlreichem Besuch ladet herzlich ein

Der Vorstand.

Zur Vermittlung von Immobilien-Käufen und -Verkäufen

sowie zur Anfertigung aller Arbeiten in
Steuersachen pp. empfiehlt sich

H. Diehl,

Geisenheim, Winkelerlandstr. 53b.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Ein willkommenes Geschenk

:-: für Jedermann :-:

ist wirklich gutes Briefpapier mit passenden
Umschlägen in sehr hübschen Geschenk-Kartons.
Eine sehr reichhaltige Auswahl von schönen

Briefkassetten

in reizenden Aufmachungen und allen Formaten
für Herren, Damen und Kinder sind eingetroffen.

Buchdruckerei A. Jander :: Geisenheim.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Geisenheim und Umgebung mache ich hiermit die gefl. Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage im Hause

Rheinstraße 3

ein

Tabak-, Zigarrengeschäft

eröffne.

Es wird mein unausgesetztes Bestreben sein meine Kundschaft durch aufmerksame Bedienung und preiswürdige Ware zufrieden zu stellen, und bitte deshalb um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Geisenheim a. Rh. **Johann Schützler.**
Rheinstraße 3.

Jeder sein eigener Tischler!

Berl. gratis Prospekt über mein Hauswerkzeug

Haushalt-Tisch-Hobelbank

4000 im Gebrauch
Paßt a. jed. Tisch. Unw. Onigkeit Leipzig 72, Wollteistr. 57



Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander, Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Pelzwaren

nur solide Kürschnerware

Alle Fellarten, Formen u. Preislagen

Eigene Anfertigung

Grosse Auswahl in Herrenbüten,
Mützen und Kravatten.

H. Hilpert, Bingen

8 Kapuzinerstraße 8.

Soeben erschienen!

Musikalische Edelsteine

Band 8

40 wirklich erstklassige beliebte Werke
für Klavier 2händig (mit übergelegt. Text)
für Gesang u. Klavier mit vollständ. Text

Preis Mk. 36.— einschl. aller Zuschläge.

Umfang des Bandes 192 Seiten.

Aus dem Inhalt: Potpourri aus Bajazzo (II). Eugen Onegin.
Schlager aus: Der ersten Liebe goldne Zeit. Die kleine
Hoheit. Fräulein Pack.

Salon-Musik: Délibes, Pas des fleurs a. Nalla. Durand,
Chaconne.
Lieder: Becker, Frühlingszeit. Gastaldon, Musica
proibita. Hildach, Strampelchen. Ostvös.
Kent muß ich mein Mädel haben. Paw-
lowitsch, Hab' Mitleid usw.

Vorrätig in allen Musikalienhandlungen oder beim

Verlag Anton J. Benjamin,
Hamburg 11, Alterwall 44.

Qualitäts- Zigarren

von 65.- bis 1.3.—

Weihnachtspackungen 25 St.

E. Rischblick,

Geisenheim.

Generalvertreter

für konkurrenzloses Unter-
nehmen gesucht. Offerten mit
L. G. 3659 an Ala-Kaasen.
stein & Vogler, Leipzig erbeiten.

Weinbergs- Pfähle!

Imprägnierte u. transpirierte,
sowie auch Stäbchen, 1.50,
1.75, 2 Mtr. lang, Plöcke
u. Baumstämme in allen
Längen und Dicken bis zu
4 Mtr., alles imprägniert,
billigst.

Verkauf ab Lager geg. Kasse.

E. Dillmann

vorm. Gregor Dillmann

Kirchstr. 18. Telef. 198.

Entlade in den nächsten
Tagen

Hefstroh.

Bestellungen nimmt entgegen

Carl Dillmann

Behlstraße 9. Telefon 265.

Frisch eingetroffen

Neue Holl. Salzheringe

Rieler Bücklinge

Lachs-Bücklinge u.

Holländer, Löffler u.

Camembert-Käse

ff. Süßrahm-Margarine

ff. Kokosbutter

Gezuckerte u. ungezuckerte

Büchsenmilch

Alle Sorten Südfrüchte

Obst und Gemüse.

Frau A. Rothhaupt

Marktstraße 4.

Rohrstühle

zum Flechten werden an-
genommen.

Franz Rückert,

Winkelerlandstraße 47.

Harmonium

erste Marke

wie neu

äußerst preiswert

zu verkaufen.

A. FAABER

MAINZ

Kaiserstrasse 22.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Freiwillige Feuerwehr Geisenheim.

Sonntag, 5. Dezbr.

nachmittags 3 Uhr:

Gautag in Rüdesheim

im Gasthaus „Germania“.

Antreten 2 Uhr. Anzug

guter Mod. Lederhelm.

Zusammenkunft bei Mitglied

Heinrich Ober, Westrich.

Alle Kameraden, besonders

die, welche Vigenauszeichnung

erhalten, wollen sich vollzählig

daran beteiligen.

Das Kommando.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,

ehemaligen Kriegsteilnehmer und

Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.

Freitag den 3. Dezember

abends 8 Uhr:

Vorstands- u. Komitesitzung

im Vereinslokal.

Turnerschaft

Geisenheim

von 1858.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Vorstands- u. Komitesitzung

in der Turnhalle.

Es kommen die Diplome

vom Gauwettturnen in Rüdes-

heim und vom Gau-Weit-

schwimmen in Niederwalluf

zur Verteilung und wird all-

seitiges Erscheinen erwartet.

Der Vorsitzende.

Gesangverein

Lieder-

kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollzähliges und pünktliches

Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

Geflügel-, Kaninchen-

Bogelzucht- u. Schutz-

verein Mittelrheingau

Diejenigen Mitglied, welche

vom Verein Wais beziehen

wollen, können bis spätestens

Sonntag ihre Bestellung bei

dem 1. Schriftf. Pfälzerstr. 23

machen. Der Zentner Wais

grob, kostet ab Station Mf.

220.—, geschrotet grob u. fein

Mf. 225.—

Die Anmeldebogen zu der

an Weihnachten stattfindenden

„Preis-Verbands-Schau“ sind

zu beziehen und zu richten an

den 1. Schriftf. Pfälzerstr. 23.

Anmeldebogen am

11. Dezbr. später eingehende

Meldungen werden nicht be-

rücksichtigt. Der Vorstand.

Möbl. Zimmer

uz vermieten.

Näheres in der Geschäfts-

stelle d. Ztg.

Brayèrepfeifen

das schönste

Weihnachts-Geschenk.

Große Auswahl von Mf.

16.— bis Mf. 45.—

E. Rischblick, Geisenheim.



Dauerhaft

wird das Leder durch täg-

liche Pflege mit Erdol.

Schuhe sind leuer, deshalb

spare durch

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun. Alleinvertrieb: Werner & Hertz, Mainz.

Rauchtabak

in bekannten vorzüglichen

Qualitäten von Mf. 4.—

bis Mf. 8.— 100 Gramm.

E. Rischblick,

Geisenheim.

Elektrisches

Installations-

Geschäft

für Licht und Kraftanlagen

Wilh. Kuhlmann

Hospitalstrasse 11.